



Herr Bundesrat
Martin Pfister
Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Per Mail: triage@sepos.admin.ch

Bern, 28. Februar 2026

Vernehmlassung zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen Gesetzesbestimmungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme. Diese wird auch vom Vorstand der EVP Frauen Schweiz unterstützt.

Der Orientierungstag ist für Schweizerinnen heute freiwillig; jährlich nehmen rund 1'200 Frauen teil. Der Frauenanteil in der Schweizer Armee ist nach wie vor tief, steigt jedoch leicht an und betrug Anfang 2025 rund 2,3 % (ca. 2'300 Frauen). Im Zivilschutz ist der Anteil noch deutlich geringer: 2024 waren von insgesamt 57'174 Dienstpflichtigen lediglich 76 Frauen (0,13 %).

Der Bundesrat beabsichtigt, den Orientierungstag künftig auch für Schweizerinnen obligatorisch zu erklären. Ziel ist es, die Chancengleichheit zu stärken und den Frauenanteil in Armee und Zivilschutz zu erhöhen. Analog zu den Männern sollen junge Frauen systematisch über militärische Laufbahnen, Dienstfunktionen sowie über Möglichkeiten im Zivilschutz informiert werden. Der Dienst selbst bleibt freiwillig. Für die Teilnahme am Orientierungstag wird kein Sold ausbezahlt; die Arbeitgeber sind jedoch verpflichtet, die Freistellung zu gewähren.

Die EVP Schweiz unterstützt die Vorlage ausdrücklich. Ein obligatorischer Orientierungstag für Frauen ist ein bedeutender Schritt hin zu gelebter Chancengleichheit. Er sorgt für eine systematische und verbindliche Information über Perspektiven in Armee und Zivilschutz, reduziert bestehende Wissenslücken und stärkt das Bewusstsein für staatsbürgerliche Verantwortung. Damit trägt er dazu bei, die Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen weiter auszubauen – ein zentrales Anliegen der EVP.

Der Orientierungstag ist mit einer Abwesenheit von Ausbildung oder Arbeitsplatz verbunden, was für viele junge Frauen bislang eine spürbare Hürde darstellte. Selbst bei vorhandenem Interesse dürfte dieser organisatorische und soziale Druck zahlreiche Schweizerinnen davon abgehalten haben, freiwillig am Orientierungstag teilzunehmen. Dadurch entfällt für junge Frauen der Rechtfertigungsdruck gegenüber Schule oder Arbeitgeber, und strukturelle Hürden werden abgebaut. Dies schafft gleichwertige Rahmenbedingungen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich Frauen unvoreingenommen mit den Möglichkeiten in Armee und Zivildienst auseinandersetzen.

Die EVP ist überzeugt, dass diese Entscheidung nur dann ihr volles Potenzial entfalten kann, wenn sie von ergänzenden Überlegungen begleitet wird. Deshalb legt sie in den folgenden Bemerkungen den Fokus auf drei zentrale Punkte: die Notwendigkeit zusätzlicher Attraktivitätsmassnahmen, die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung und sexualisierter Gewalt sowie die gezielte Stärkung des Frauenanteils im Zivildienst.

1) Attraktivität der Armee

Die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags ist ein wichtiger Impuls, reicht jedoch allein nicht aus, um den Frauenanteil nachhaltig und substanziell zu erhöhen. Entscheidend ist, dass die Armee ihre strukturellen, organisatorischen und kulturellen Rahmenbedingungen konsequent weiterentwickelt und sich als moderner, professioneller, attraktiver und respektvoller Arbeitgeber positioniert – für Frauen wie für Männer.

Aus Sicht der EVP ist dies auch für die langfristige Sicherstellung der Alimentierung der Armee von zentraler Bedeutung. Dabei sollte die Armee ihre Personalgewinnung nicht über gesetzliche Verschärfungen gegenüber dem sogenannten „Konkurrenten“ Zivildienst erzwingen – wie dies im neuen Zivildienstgesetz vorgesehen ist und über das nach einem erfolgreichen Referendum das Volk entscheiden wird. Vielmehr liegt der Schlüssel darin, die Attraktivität der Armee aus eigener Kraft zu erhöhen. **Nachhaltige Rekrutierung gelingt nicht durch die Einschränkung von Alternativen, sondern durch überzeugende Rahmenbedingungen: eine moderne und funktionale Infrastruktur, familienfreundliche Modelle und eine gute Vereinbarkeit von Dienst, Beruf und Privatleben, transparente und flexible Karrierewege sowie eine Führungskultur, die Leistung anerkennt und Vielfalt als Stärke versteht. Nur wenn die Armee als glaubwürdige, respektvolle und attraktive Institution wahrgenommen wird, kann sie qualifizierte Frauen und Männer langfristig gewinnen und halten.**

2) Berücksichtigung sozialer und struktureller Faktoren bei der Gewinnung von Frauen

Die EVP weist darauf hin, dass sich junge Frauen nicht allein aufgrund individueller Überlegungen für einen Dienst in Armee oder Zivildienst entscheiden, sondern dass soziale und strukturelle Faktoren eine wesentliche Rolle spielen. Ein sichtbarer Frauenanteil, Vorbilder sowie das Gefühl, nicht als Ausnahme zu gelten, sind dabei von zentraler Bedeutung.

Die EVP anerkennt die bestehenden Massnahmen wie die Diversity-Strategie der Armee, die Fachstelle «Frauen in der Armee und Diversity» (FIAD) sowie die Gleichstellungsstrategie 2030. Angesichts der weiterhin sehr tiefen Frauenquote zeigt sich jedoch, dass diese Instrumente allein noch nicht ausreichen.

Vor diesem Hintergrund erachtet es die EVP als notwendig, die bestehenden Ansätze gezielt weiterzuentwickeln. Dazu gehören etwa verstärkte Mentoring-Programme, die Förderung von Frauen in Führungsfunktionen sowie strukturelle Rahmenbedingungen, einschliesslich einer bewussten Begleitung von Einheiten mit einem angemessenen Frauenanteil. Ziel muss es sein, Frauen als selbstverständlichen Teil der Organisation zu verankern und so die Wirkung des obligatorischen Orientierungstags nachhaltig zu stärken.

3) Konsequente Bekämpfung von Diskriminierung und sexualisierter Gewalt

Die im Oktober 2024 veröffentlichte Studie zu Diskriminierung und sexualisierter Gewalt in der Armee zeigt klaren Handlungsbedarf auf. An der anonymen Befragung nahmen 1'126 Armeeangehörige teil (764 Frauen und 362 Männer). Die Ergebnisse sind alarmierend: Knapp 50 % der Befragten gaben an, Diskriminierung erlebt zu haben. 40 % berichteten von Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt (verbal, nonverbal oder körperlich). 81 % gaben an, sexistische Bemerkungen oder Witze im Dienst erlebt zu haben.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass strukturelle und kulturelle Probleme bestehen. Die von der Armeeführung beschlossene Nulltoleranz-Strategie sowie die zusätzlichen Massnahmen in den Bereichen Prävention, Sensibilisierung, Ausbildung, Opferrechte, Verfahrensverbesserung und Reporting sind ausdrücklich zu begrüssen.

Chancengleichheit setzt ein sicheres und respektvolles Umfeld voraus. Deshalb erachtet es die EVP als zentral, diesen eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Die geplante Zwischenevaluation im zweiten Halbjahr 2026 sowie die erneute Befragung 2027 sind wichtige Instrumente, um die Wirksamkeit der Massnahmen zu überprüfen. Vor weitergehenden Schritten in Richtung einer stärkeren Verpflichtung von Frauen müssen diese Reformen nachweislich Wirkung zeigen.

4) Stärkung des Frauenanteils im Zivilschutz

Für die EVP ist wesentlich, dass nicht nur die Armee, sondern auch der Zivilschutz gezielt gestärkt wird. Der Zivilschutz bietet vielfältige, alltags- und familienverträgliche Einsatzmöglichkeiten im Bereich Katastrophenhilfe, Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz. Gerade hier besteht ein grosses Potenzial für eine stärkere Beteiligung von Frauen. Der Frauenanteil im Zivilschutz liegt derzeit noch deutlich unter demjenigen der Armee, was einen zusätzlichen Handlungsbedarf signalisiert. Ein gezieltes Vorgehen, z. B. durch Information, attraktive Rahmenbedingungen und Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Dienst und Privatle-

ben, ist daher besonders wichtig, um die Beteiligung von Frauen nachhaltig zu erhöhen und die Organisation insgesamt zu stärken.

Der obligatorische Orientierungstag sollte daher beide Bereiche – Armee *und* Zivilschutz – gleichwertig präsentieren und insbesondere über die spezifischen Chancen und Vereinbarkeitsmodelle im Zivilschutz informieren.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz



Alex Würzer
Generalsekretär EVP Schweiz